

## Menschenrechtslage



*Ich sitze in einem renovierten Fatah-Klotz von Hotel in Ost-Jerusalem. Die Grüne Linie ist keine hundert Meter weg. Es fährt jetzt auf dieser Dauergrenze neu ein Tram. Wie fast alles hier ist das umstritten. Wie alle Verbindungen oder gar Verbindlichkeiten.*

*Ich bin mit Kolleginnen und Kollegen aus dem Parlament und von NGO in Israel, der Westbank und in Gaza unterwegs, und wir informieren uns über die Menschenrechtslage. Ein erster, aber intensiver Eindruck: So sehr ich die Geschichte und die Sicherheitsbedürfnisse des Staates Israel respektiere, so sehr geben mir einige Entwicklungen zu denken: Seit den Osloer Verträgen 1995 wird noch mehr als zuvor um jeden Meter Land, um jeden Liter Wasser gestritten. Mit unterschiedlicher Macht: Sie werden gesichert und genommen. Ein feindseliger Sesseltanz um jeden Stein und jeden Brunnen. Es werden Mauern gebaut, Nationalpärke und Militärgelände als Entwicklungsreserve erfunden. Im Jordantal wird den Menschen das Wasser weggepumpt, ihre Lebensgrundlagen werden geraubt, im schlimmsten Fall werden Häuser demoliert. Die Zahl der israelischen Siedlungen hat sich seit Oslo vervielfacht.*

*Alle Seiten betonen, dass es hier eigentlich weniger um einen historischen, kaum religiösen, sicher aber um einen territorialen Konflikt geht. Das ist wohl so. Um zu einem Frieden zu finden, muss die israelische Regierung aber gerade darum den Siedlungsbau stoppen. Er ist und bleibt nach internationalem Recht illegal. Die Land-Nutzung, die Menschenrechte der palästinensischen Bevölkerung müssen geachtet und verbrieft werden. Weniger Steine und keine Raketen mehr auf Israel würden dabei allerdings mehr als nur helfen. Denn nur eine Zweistaatenlösung wird zwischen Israel und Palästina Frieden schaffen können. Auch nicht ganz neu. Dass dies nur zusammen mit Anerkennung und Sicherheit für Israel durch Palästina und die arabischen Staaten zu machen ist, ebensowenig. Es ist klar, dass bei der Frage der Rückkehr aller palästinensischen Flüchtlinge, aber auch beim Status von Jerusalem Kompromisse gefunden werden müssen. Dort, wo es vermeintlich keine geben kann. Viele Menschen hier betonen, sie hätten als Menschen, so untereinander, absolut keine Probleme. Sie haben sie aber jeder und jede für sich. In ihren Perspektiven und in ihrer Sicherheit. Weil es wie überall einige Menschen gibt, die das alles anrichten und nie abräumen wollen. Ich weiss nicht, was Hoffnung auf Hebräisch und Arabisch heisst. Aber sie bleibt.*

• • •

*Gleichzeitig vernehme ich aus meinem Heimatland zustimmende Signale zum freien Handel mit China. Werden wir damit den Menschen, z.B. in Tibet, in Uigurien, in den Zwangsarbeitslagern gerecht? Besser als Andere oder nur anders nicht?*

**Martin Naef**

## Energischer Gegenspieler



*Mit alt Bundesrat Rudolf Friedrich starb kürzlich eine Figur, die jahrelang ein Hauptfeind der Linken, vor allem der Neuen Linken war. Als rechtsfreisinniger kalter Krieger zielte er mit rhetorisch scharfem Visier auf die Linke, wenn es um Armeefragen oder den eisernen Vorhang ging. Manchmal hatte man das Gefühl: reichlich paranoid. Friedrich sah die Schweiz sichtlich von ihr bedroht. Seine Wahl in den Bundesrat 1982 galt denn auch als Zeichen eines markanten Rechtsrutsches. Im Bundesrat wurde er freilich bald einmal zum einsamen Mann. Das hatte gewiss auch damit zu tun, dass er nie zum Kern des Wirtschaftsfreisinns um Ulrich Bremi gehörte, obgleich er mit der Sulzerdynastie durch seine Mutter verbandelt war. Als Justizminister ging er seinen eigenen Weg. Seine Asylpolitik und vor allem seine Verlautbarungen dazu waren verglichen mit heute gleichsam liberal. Das neue Eherecht, dem er wesentlich seinen Stempel aufgedrückt hatte, obgleich es erst nach seinem Rücktritt zur Abstimmung kam, war fortschrittlich und liberal. Es provozierte die erste jener neuen Kulturkampfabstimmungen, mit denen Christoph Blocher die Anpassung an neue gesellschaftliche Realitäten in der Ehe, später*

*bezüglich Ausländer oder im Strafrecht zu verhindern suchte. Friedrich war im Gegensatz zur sich damals formierenden neuen Rechten um Blocher, die erst nach dem Mauerfall wirklich einschlug, ein fraglos reaktionärer Konkordanz- und Rechtsstaats-Verteidiger, der für starke Institutionen kämpfte. Entsprechend war auch sein Diskurs sachlich fundiert, aber wenig volksnah, schon gar nicht populistisch. Anders als viele Rechtsfreisinnige und Blocher trat er entschieden für den UNO-Beitritt ein. Friedrich wurde nach 1990 zu einem energischen Gegenspieler von Christoph Blocher, dem er jede Eignung zur Konkordanz absprach. Die wiederum sah er als Kernvorzug der Schweiz. In einem Interview kurz vor seinem Tod betonte er, er habe sich nicht gewandelt, sondern sich lediglich den neuen Verhältnissen angepasst. Er blieb fraglos ein Rechter. Allerdings ist ihm seine Partei abhanden gekommen: Der Freisinn als die grosse schweizerische Staats- und Wirtschaftspartei. Er war ein rechter Staatsfreisinniger, der sich der gesellschaftlichen Modernisierung anpasste. Solche Figuren gibt es kaum mehr in der heutigen freisinnigen Politik. Dass er mit der berlusconisierenden Treuhänderpartei SVP nichts zu tun haben mochte, die vor allem eine Zertrümmerung der rechtsstaatlichen Institutionen anstrebt, ergibt sich von selbst. Verteidigung des Rechtsstaates: Das ist der einzige Punkt, in dem sich Leute aus der Neuen Linken wie ich in den letzten Jahren entschieden geändert haben. Damals spotteten wir über den Rechtsstaat als Hort der Klassenjustiz. Im Zuge der Jugendbewegungsprozesse gab es auch viel Grund dazu. Dennoch: Heute ist dessen Verteidigung nicht zuletzt als Schutz der Minderheiten etwas, was Reaktionen und Linke verbinden kann.*

**Daniel Vischer**